

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 107/2010
19.04.2010**

Renate Rastätter: Hauptschulsterben beginnt

Grüne fordern Zulassung von alternativen Schulmodellen zur Standortsicherung

Für die Grünen im Landtag ist die Schließung von 84 Hauptschulen bereits zum nächsten Schuljahr der Beleg dafür, dass die wohnortnahe Hauptschule in Baden-Württemberg zum Auslaufmodell wird.

"Weitere Schließungen werden angesichts der demografischen Entwicklung und der Vorgabe der Zweizügigkeit in den nächsten Jahren bei den noch bestehenden 402 selbstständigen Hauptschulen folgen. Auch ist zu erwarten, dass viele der neuen Werkrealschulen in den nächsten Jahren unter die vorgeschriebene Zweizügigkeit fallen und damit existenziell gefährdet werden", so Renate Rastätter, schulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag.

"Eltern wollen keine Mogelpackung", beschreibt Rastätter die mangelnde Akzeptanz der neuen Werkrealschule. Noch nie hätten so viele Eltern von Kindern mit einer Hauptschulempfehlung resp. Werkrealschulempfehlung Widerspruch eingelegt wie in diesem Jahr, in Stuttgart waren dies beispielsweise 50 % der Eltern. Der heute schon unerträgliche Druck in der Grundschule werde weiter wachsen.

Als Zumutung für Gemeinden und Schulen kritisierte Rastätter die überstürzte Einführung der neuen Werkrealschule. "Der Bildungsplan ist immer noch in der Anhörungsphase. Die Fortbildung für die unterrichtenden Lehrkräfte findet erst im neuen Schuljahr statt, lediglich die Multiplikatoren-schulung für die Fortbildung erfolgt ab Ende April." Rastätter: "Die Lehrkräfte müssen also im kommenden Schuljahr bereits vier Jahrgänge der neuen Werkrealschule, also die Klassen 5, 6, 7, sowie 8 einschließlich der neuen Wahlpflichtfächer unterrichten, ohne dass sie auch nur eine einzige vorbereitende Fortbildung erhalten haben. Bei vielen Werkrealschulen mit mehreren Standorten steht im kommenden Schuljahr noch nicht fest, wer Schulleiter wird, die Schulleiterstellen sind noch nicht einmal ausgeschrieben. Auch die Frage der Schülerbeförderungskosten ist bis heute ungeklärt, obwohl die Landkreise mit zusätzlichen Kosten rechnen.

Die Grünen werden weiterhin vehement einfordern, dass alle Gemeinden, die Anträge auf neue integrative Schulmodelle die Bildungsstandards auf unterschiedlichen Niveaus anbieten, genehmigt werden.

Die Kultusministerin weigerte sich, schon jetzt die "weißen Flecken" ohne Werkrealschule zu benennen. Da aber bereits vor mehreren Jahren - beispielsweise im Südschwarzwald oder auf der Schwäbischen Alb - ganze Regionen ohne eigene Hauptschule und oft nur von kleinen Hauptschulen umgeben waren, sei es nicht sonderlich schwer, sich die weißen Flecken auszumalen. Möglicherweise kommt zur sozialen Auslese des dreigliedrigen Schulsystems jetzt noch ein regionales Problem hinzu, befürchtet Renate Rastätter.